Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 112. Donnerstag, 16. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Nachlaß erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 3/5.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die neue Reichsanleihe vom Reichstag genehmigt.

Schwere deutschnationale Angriffe gegen die Reichsfinanzpolitik werden vom Reichsfinanzminister zurückgewiesen.

Start des „Graf Zeppelin" zur Amerikafahrt.

Furchtbare Explosionskatastrophe in einem amerikanischen Krankenhaus.

)(Berlin, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Regierungsvorlage über die Auflegung einer 500-Millionen-Anleihe mit Steuerbefreiung in zweiter Lesung und gleich darauf ohne weitere Aussprache in der Schlußabstimmung mit 197 gegen 173 Stimmen bei 11 Enthaltungen in der Ausschußfassung angenommen. Für die Vorlage stimmten die fünf Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei, alle übrigen Parteien stimmten dagegen.

•

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 15. Mai, 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Beratung der

500-Millionen-Anleihe mit Steuerbefreiung.

Der Ausschuß hat die Vorlage nur dadurch ergänzt, daß er eine Sicherung des Verbleibens des Stimmrechts für die Vorzugsaktien der Reichsbahn beim Reich verlangt.

Abg. **Bernhardt** (Dem.) erstattet den Ausschußbericht. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter erklärt Abg. Bernhard noch, daß die Demokraten der Vorlage in der Ausschußfassung zustimmen werden.

Als über die Redezeit abgestimmt und unter Ablehnung weitergehender Anträge

eine Viertelstunde Redezeit

beschlossen wird, kommen von den Nationalsozialisten und Christlich-Nationalen erregte Rufe. Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) erhält einen **Ordnungsruf**, weil er „Schieber!" gerufen hat.

Abg. **Dr. Bang** (Dn.) bezeichnet die Vorlage als den Verzweiflungsakt eines zum Pumpgenie gewordenen politischen Systems. Es handle sich um die Angst-Anleihe einer ratlos gewordenen Finanzwirtschaft. **Der Finanzminister habe in unverantwortlicher Weise den Ernst der Lage verschwiegen. Die Bedingungen dieser Anleihe sind des Deutschen Reiches unwürdig.** Es brauchte nur noch ein Ausschreier zu rufen: „Immer hereinspaziert, hier ist zu sehen eine sozialistisch-kapitalistische Mißgeburt, hervorgegangen aus der Kameradschafts-Ehe Hilferding-Goldschmidt!" (Sehr gut! rechts). **Hier verteilt ein sozialdemokratischer Minister Liebesgaben an die reichsten Leute.** Die Sozialdemokratie ist jetzt salonfähig geworden bei Mr. Morgan. **Den Schaden wird die deutsche Wirtschaft tragen.** Es handelt sich um eine Dauerkrise, die hervorgerufen ist durch Ihre Reparationspolitik und marxistische Innenpolitik. Wir rufen Ihnen zu: Geben Sie uns Wirtschaftsfreiheit! Sie versilbern und vermöbeln eine Existenzgrundlage des deutschen Volkes nach der anderen. Dr. Stresemann hat ja auch gerufen: Los vom marxistischen System der Volksverelendung!

Abg. **Dr. Cremer** (DVp.): **Mit dem Abg. Dr. Bang kann man sich nicht auseinandersetzen,** denn er hat nur zusammenhanglose Dinge aneinandergereiht, die keine Argumente sind. (Unruhe rechts.) Er wird erst angeben müssen, wann und in welchem Zusammenhang Dr. Stresemann die von ihm zitierten Worte gesprochen hat. **Die Wirtschaft wird durch nichts mehr gefährdet, als durch die fortgesetzten phantastischen Redereien über bevorstehende Katastrophen.** (Sehr gut! — Rufe: „Hugenberg und Bang!") Gegen die vorliegende Anleihe lassen sich viele wichtige Bedenken vorbringen. Wir haben sie erst zurückgestellt, als im Ausschuß die Unmöglichkeit dargelegt wurde, einen anderen Weg zu beschreiten. Wir stimmen der Anleihe zu unter der Voraussetzung, daß ihr eine organische Finanzreform folgt, auf der Grundlage einer Einsparung laufender Auslagen und einer Entlastung der Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

erwidert dem deutschnationalen Redner: **Herr Dr. Bang hat hier gesprochen in einer Weise, von der ich nur hoffe, daß sie keine unerfreulichen Folgen für den Kredit des eigenen Landes haben möge.** Er hat so geredet, nachdem die deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp und Hergt gestern im Ausschuß sich nicht von vornherein gegen die Vorlage gewandt, sondern die Stellungnahme ihrer Fraktion abhängig gemacht haben von meiner Erklärung. Daß diese Erklärung ihnen nachher nicht genügte, ändert nichts daran, daß die Deutschnationalen im Ausschuß zu der Vorlage eine ganz andere Stellung eingenommen haben als heute ihre Wortführer. **Unverantwortlich ist es, wenn dann heute der deutschnationale Redner Bang den einzigen Weg, der uns bleibt, verbauen und den deutschen Kredit weiter erschüttern will.** (Lärm bei den Nat.-Soz.)

Herr Bang kennt entweder den Etat nicht oder er tut so, als ob er ihn nicht kenne. Er müßte doch wissen, daß das große Defizit dadurch entstanden ist, daß mit deutschnationaler Zustimmung unter dem Kabinett Luther die Milliarden für das Arbeitsbeschaffungsprogramm ohne Deckung bewilligt wurden. (Hört! Hört!) Wenn Herr Bang die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung kritisiert, so vergißt er, daß die Deutschnationalen unter dem verflossenen Rechtskabinett diese Zuschußverpflichtung des Reiches in das Arbeitslosenversicherungsgesetz hineingearbeitet haben. (Hört! Hört!) Als einziges Rezept empfiehlt er die Einstellung der Reparationszahlungen. **Das Zustandekommen der Dawesgesetze ist doch nur durch die Deutschnationalen ermöglicht worden.** (Hört! Hört!) Die jetzige Vorlage soll nur als erster Schritt das Zustandekommen einer gesunden Finanzreform ermöglichen. Der erste Schritt ist der schwierigste, aber der ganze Weg wird zum Erfolg führen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. **Dr. Neubauer** (Komm.) bezeichnet die Vorlage als eine Prämie für die Besitzerin und eine Verhöhnung der Arbeiter. Der Redner empfiehlt einen Antrag, wonach die Vermögen von über 500 000 Mark einer erhöhten außerordentlichen Besteuerung unterworfen werden sollen.

Abg. **Heinig** (Soz.): Herr Bang ist nicht durch freie Wahl gekürt, sondern durch Herrn Hugenberg in den Reichstag bugsiert worden. Der damalige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen hat wegen dieses Parteiskandals sein Amt niedergelegt. (Hört! Hört! links.) Sie haben nicht den Mut, Herr Hergt (Abg. Hergt springt auf und ruft: „Sie sind ja närrisch!"), Ihre gestrigen sachlichen Ausführungen heute zu wiederholen. Herr Bang war ja Finanzminister in den Kapp-Tagen; da bestand seine Finanzpolitik darin, daß er einfach Zettel ausschrieb und darauf Geld erheben wollte. Der deutschnationale Staatssekretär Schröder lehnte dieses Bang-Verfahren ab. Der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Bechly hat geschrieben, die Zukunft der nationalen Bewegung werde immer ein Kampf gegen die Bestrebungen des Herrn Bang und seiner Hintermänner sein. (Hört! Hört!) **Die vorliegende Anleihe werde von keiner Partei begrüßt, aber sie sei unvermeidlich.**

Abg. **Dr. Bredt** (Wirtschaftsp.) erinnert daran, daß die Wirtschaftspartei schon seit 2½ Jahren darauf hingewiesen habe, daß die Ausgabenpolitik der Regierung und des Reichstages zu einem Defizit führen müsse, wie es jetzt da sei. Von den leitenden Herren des Finanzministeriums sei immer erklärt worden, daß eine Steigerung der Einnahmen zu erwarten sei. Unsere Unterhändler in Paris hätten eine ganz andere Position gehabt, wenn der Reichsetat nicht ein viel zu günstiges Bild unserer Finanzen vorgetäuscht hätte. **Wir können heute unmöglich durch Annahme der Anleihe die Verantwortung für das übernehmen, was wir seit Jahren bekämpft haben.** Für den Parlamentarismus ist diese Vorlage eine Katastrophe. Wir wollen für die Zukunft einer Wiederholung solcher Dinge vorbeugen durch den Antrag, daß Anträge auf Mehrausgaben nur im Zusammenhang mit dem entsprechenden Deckungsantrag eingebracht werden dürfen.

Abg. **Dr. Brüning** (Ztr.) **wendet sich zunächst gegen den deutschnationalen Redner Dr. Bang:** Wenn in diesem Augenblick eine Katastrophen-Rede gehalten wird, die nur den Zweck haben kann, das Prestige der neuen Anleihe schon vor ihrer Auflegung herabzumindern, so ist das ein Mangel an Verantwortungsbewußtsein, wie wir ihn in diesem Hause selten erlebt haben. Bedenklich ist der Wechsel in den führenden deutschnationalen Finanzpolitikern; vor drei Jahren ein verantwortungsbewußter, sachlich aufs äußerste beschlagener Mann, wie Herr v. Schlieben, — heute eine unsachliche, mit dem Thema überhaupt nicht zusammenhängende Rede wie die des Herrn Bang. Ich weiß nicht, wie die Deutschnationalen es mit ihrem Verantwortungsbewußtsein vereinbaren wollen, daß eine solche Katastrophenrede gehalten wird in einem Augenblick, wo gerade im Interesse der Reparationsverhandlungen wir aus der akuten Finanzkrise herauskommen müssen. **Die vorliegende Anleihe ist gewiß in mancher Beziehung bedenklich. Wir haben aber keine andere Wahl. Die Wirtschaftspartei hat auch keinen besseren Weg zeigen können.** Es ist einfach, schematisch einen zehnprozentigen Abstrich vom Etat zu beantragen. Wer wirklich Ersparnisse erzielen will, der muß in gewissenhafter Arbeit die einzelnen Etatspositionen überprüfen, wie wir es gemacht haben. Die Wirtschaftspartei hat in dieser Beziehung noch nichts geleistet.

Abg. **Dr. Leicht** (Bayr. Vp.) stimmt dem sozialdemokratischen Redner darin zu, daß die Anleihe von keinem begrüßt werde. Sie führt zu steuerlichen und sozialen Ungerechtigkeiten. Es ist auch zu befürchten, daß sie die Finanzkatastrophe nur vom Reich auf die Länder abwälzt. Wir können der Anleihe nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß sie eine einmalige Ausnahme bleibt, daß sie den Anfang bildet zu einer Reihe von Maßnahmen, um die Wiederkehr ähnlicher Zustände zu verhindern. Vor allem aber verlangen wir eine Beschränkung der Ausgaben nach dem Maß unserer finanziellen Leistungsfähigkeit. Der Brauch muß abkommen, daß jeder neue Finanzminister beim Amtsantritt seine Popularität durch Steuersenkungen fördert.

Abg. **Dr. Feder** (Nat.-Soz.) bezeichnet die Vorlage als den Versuch, einen betrügerischen Bankrott zu verschleiern. Er empfiehlt einen Antrag: „Das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten, der seit 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und sonstigen Fremdstämmigen, ferner der seit diesem Tage durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- oder Deflationsgewinne erworbene Vermögenszuwachs wird zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet." — Der Redner erhält zwei Ordnungsrufe wegen unparlamentarischer Bemerkungen gegen die Sozialdemokraten.

Abg. **Dr. Westhausen** (Christl.-Nat. Bauernp.): **Diese Vorlage beseitigt die Finanznot nicht.** Wir haben die allerstärksten Bedenken gegen diese Anleihe. Man hätte eine andere Finanzpolitik treiben müssen. Dieser Anleihe werden wir unter keinen Umständen zustimmen.

Abg. **Dr. Reinhold** (Dem.): **Wir werden der Vorlage zustimmen trotz schwerster Bedenken gegen ihre Modalitäten.** Eine Rede von solcher Verantwortungslosigkeit wie die des deutschnationalen Abg. Dr. Bang haben wir noch nicht hier gehört. Daß gerade in diesem Moment, wo man von außerhalb und innerhalb des Reiches eine gewisse Panikstimmung in unser Volk hineintragen möchte, dieser Panikstimmung Vorschub geleistet wird durch solche Reden, ist klar. Es kann nichts Unnationaleres geben, als diese Art, bei jeder Gelegenheit vom Bankrott zu sprechen und dadurch neue Unruhe ins Volk zu tragen. (Sehr gut! links.) Wir stimmen der Anleihe nur zu mit der festen Absicht, von der seit den letzten Monaten eingeschlagenen Sparsamkeitspolitik nicht abzugehen. Wir halten an der Arbeitslosenversicherung fest, verlangen aber die Abstellung der bei ihr noch vorhandenen Mißstände.

Abg. **Kling** (Dt. Bauernp.) verliest eine kurze Erklärung, daß die Bauernpartei der Anleihe nicht zustimmen könne.

Abg. **Dr. Bredt** (Wirtschaftsp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Brüning über die Politik der Wirtschaftspartei.

Damit ist die Aussprache beendet.

Abg. **Hergt** (Dn.) weist in einer persönlichen Bemerkung die Aeußerung des Abg. Heinig zurück, daß er nicht den Mut hätte, seine gestrige Ausschußrede zu wiederholen. Abg. Hergt erklärt dazu, er habe gestern dem Finanzminister so gründlich die Meinung gesagt, daß er wohl kaum eine Wiederholung wünschen werde.

Abg. **Dr. Bang** (Dn.) bezeichnet in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung, er habe beim Kapp-Putsch Geld erheben wollen, als eine schmutzige Lüge. Dr. Stresemann habe die von ihm zitierte Aeußerung am 27. Mai 1920 gemacht.

Der kommunistische Antrag auf Einführung einer Millionär-Steuer wird in namentlicher Abstimmung mit 339 gegen 56 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die von den Kommunisten beantragte Streichung der Anleiheermächtigung wird gleichfalls abgelehnt, und zwar mit 218 gegen 161 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Der nationalsozialistische Enteignungs-Antrag wird unter allgemeiner Heiterkeit mit 382 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt und die Vorlage in der Ausschußfassung in zweiter Lesung angenommen.

•

In der hierauf folgenden

dritten Beratung

betont Abg. Hergt (Dn.), er habe gestern im Ausschuß ein umfassendes Finanzprogramm gefordert, der Minister habe aber nur schöne Worte machen können, denn seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei hindere ihn offenbar, eine verständige Finanzpolitik durchzuführen.

Ohne weitere Aussprache wird in **namentlicher Schluß-Abstimmung die**

500-Millionen-Anleihe

mit 197 gegen 173 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Für die Vorlage haben die fünf Regierungsparteien gestimmt, alle übrigen Parteien und Gruppen dagegen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.